

Der Vollzugsdienst

1/2022 – 69. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**63. Jahrestagung
des dbb auch 2022 wieder
in digitaler Form**

dbb-Chef fordert Respekt und Wert-
schätzung für den öffentlichen Dienst

Seite 2

**Das 4-Säulen-Modell – was
verbirgt sich dahinter und was
meint der BSBD dazu?**

Baden-Württemberg will die
Vorgaben des BVG umsetzen

Seite 9

**Bundesvereinigung der Anstalts-
leiter*innen fordert Impfpflicht
für Vollzugseinrichtungen**

In NRW sind annähernd 90 Prozent der
Justizvollzugsbediensteten geimpft

Seite 47

Personalratswahlen 2022



LVHS für den Hamburger Justizvollzug



**Ein starker Personalrat
für eine starke Personalvertretung**



NIEDERSACHSEN



RHEINLAND-PFALZ



SCHLESWIG-HOLSTEIN

INHALT


BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Liebe Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug ...
... Anmerkungen des BSBD Bundesvorsitzenden René Müller
- 2 Tarifvertreter der Länder treffen sich zum Seminar in Königswinter
- 2 63. Jahrestagung des dbb auch 2022 wieder in digitaler Form
- 3 Grünzonen wirken sich positiv auf das Wohlbefinden von Insassen aus
- 4 BSBD Bundesseminar in Königswinter „Noch ist Polen nicht verloren“
- 5 Bilder vom 40. BSBD Bundesgewerkschaftstag in Soltau

LANDESVERBÄNDE

- 6 Baden-Württemberg
 - 13 Bayern
 - 15 Berlin
 - 19 Brandenburg
 - 22 Hamburg
 - 30 Hessen
 - 37 Mecklenburg-Vorpommern
 - 41 Niedersachsen
 - 45 Nordrhein-Westfalen
 - 59 Rheinland-Pfalz
 - 62 Saarland
 - 65 Sachsen
 - 68 Sachsen-Anhalt
 - 74 Schleswig-Holstein
 - 82 Thüringen
-
- 64 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion



Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 2/2022:



12. April 2022

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug,

zunächst wünsche ich Euch, auch im Namen der Bundesleitung, ein frohes und erfolgreiches Jahr 2022.

Auch wenn von Corona kaum noch jemand hören möchte, hoffen wir doch alle, dass diese unsägliche und gefährliche Pandemie mit ihren schier endlos erscheinenden Mutationen alsbald ein Ende findet. In der Gesellschaft und damit auch im Justizvollzug scheint es einzig um das Thema Corona und um die Impfbereitschaft zu gehen. Jeder meldet sich zu Wort und meint, dem Thema einen Beitrag leisten zu müssen.

Mittlerweile geht schon fast ein Riss durch die Gesellschaft und die Impfdiskussion wird immer wieder neu befeuert – nicht nur durch Virusmutationen und die extrem hohen Inzidenzen, sondern auch durch die Politik und Medien. Demonstrationen von Impfgegnern und Impfbefürwortern, politischer Schlagabtausch in den Parlamenten und eine Polarisierung in beiden Lagern überschatten offensichtlich alles andere in unserem Alltag.

Dem einen oder anderen kommt dabei vermeintlich das Schüren von Resentiments gelegen, um über ebenso wichtige Probleme des Alltags hinweg sehen zu können – so auch im Justizvollzug. **Fehlende Attraktivitätssteigerung der Berufe im Justizvollzug**, wie beispielsweise eine Zulagenerhöhung, die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der „Gitterzulage“ in allen Bundesländern, Zulagenerhöhungen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten, Einführung der Pflegezulage für medizinische Bereiche und eine Meisterzulage, die den Namen auch verdient, tragen zur Personalknappheit im Justizvollzug bei.

Die oft **fehlende Evaluierung der Personalbedarfsplanung** und dem damit verbundenen Personalmangel, die Zunahme von Aufgaben im Justizvollzug, die **Zunahme von Gewalt gegenüber den Bediensteten**, die teilweise marode Bausubstanz in Teilen des Justizvollzuges, die stellenweise mangelnde technische Ausstattung der Mitarbeiter, die **fehlende konsequente Weiterentwicklung und Fortbildung** von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die **fehlende Anerkennung der für die Gesellschaft geleisteten Aufgaben in punkto Sicherheit und Resozialisierung** sind

gleichfalls Themen, die uns ebenso stark beschäftigen und denen sich die Politik mit gleicher Vehemenz annehmen sollte.

Oft ist von der kritischen Infrastruktur und einer entsprechenden Stärkung die Rede, **der Justizvollzug, der ein elementarer Bestandteil der inneren Sicherheit ist, findet kaum bis keine Erwähnung in der Politik und in den Medien.**

Wie steht es mit der Umsetzung der amtsangemessenen Alimentierung? Nach wie vor kämpfen die Gewerkschaften für die Umsetzung der amtsangemessenen Alimentierung und waren bislang vor Gericht erfolg-



René Müller,
BSBD Bundes-
vorsitzender

reich. Wer jetzt jedoch meint, dass anhand der bereits erfolgten Urteile eine schnelle und für die Kolleginnen und Kollegen zufriedenstellende Lösung gefunden wird, der irrt sich.

Die letzten Tarifergebnisse, welche durch die Gewerkschaften zu gegeben nur sehr mühsam erkämpft wurden, haben doch mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass es wie so häufig bei enthusiastischen Reden und Dankensbekundungen der Politik bleibt, wenn es um die Honorierung in barer Münze für Leistungen im öffentlichen Dienst geht.

Und das bei einer Inflation, die seit Anfang/Mitte der neunziger Jahre ihren bisherigen Höchststand erreicht hat, u. a. bei den Energieprei-

sen, die für manch einen höher sind als die eigene Miete oder die Rate für Wohneigentum. Der jetzt geschaffene erwartete Lohnzuwachs gleicht die Teuerung nicht ansatzweise aus.

Wie schnell wurde auch aus den Augen verloren, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Justizvollzugsanstalten in schwersten Krisenzeiten unter **katastrophalsten Personalausstattungen die Sicherheit für die Bevölkerung gewährleisten** und wie viele „Unruhezustände“ unter Gefangenen mit dem geringen Personalbestand gehandelt und befriedigt wurden. In den Tarifverhandlungen wurden die dringend notwendigen Zulagen wie beispielsweise die Pflegezulage für das medizinische Personal in den Justizvollzugsanstalten und im Maßregelvollzug offensichtlich zur Verhandlungsmasse und wiederholt durch die Arbeitgeberseite abgelehnt. **Vertrauen in die Politik wurde nach dem Beifall, den Lobeshymnen und Gesäusel für die gute Arbeit der systemrelevanten Berufe mit diesen Tarifergebnissen verspielt.** Auch die beschlossene sogenannte Coronazulage als Einmalzahlung täuscht nicht darüber hinweg, zumal wir immer noch auf die Übertragung auf den Beamtenbereich warten. Und unsere Pensionäre? Sie sollen die lineare Erhöhung erhalten, die Einmalzahlung jedoch nicht?

Wie wir sehen, es gibt reichlich brennende Themen, die für uns ebenso wichtig sind wie eine zeitnahe Pandemiebewältigung, die wir auch nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Von alledem lässt sich durch die Polarisierung auf geimpft und nicht-geimpft vermeintlich gut ablenken. Um es hier klar zu verdeutlichen, ich bin ein absoluter Impfbefürworter und ganz sicher kein Verschwörungstheoretiker und halte eine Impfung für einen konsequenten und gangbaren Weg aus der Corona-Krise.

Dabei handelt es sich allerdings um meine persönliche Meinung, die ich mir erlaube, aber auch anderen zugestehe, die nicht meiner Meinung

Fortsetzung Seite 2

sind. Dabei habe ich, was die Medizin anbelangt weniger Vertrauen in die Politik, sondern in die medizinischen Fachkräfte und Institutionen, die zu einer Impfung raten. Ich bin eine Fachkraft für den Justizvollzug und so wie die Bevölkerung uns in unserer Arbeit vertraut, so vertraue ich der Expertise von medizinischen Fachleuten und staatlich anerkannten Einrichtungen.

Ich erwarte, dass meine Meinung toleriert wird, so wie ich auch die Meinung einer Minderheit toleriere, die eine Gesundheitsvorsorge in Form einer Impfung für sich ablehnt.

Wer sich an die Zeiten des Mauerfalls erinnert, dem klingen noch Parolen im Ohr wie „**Freiheit ist die Einsicht in die Notwendigkeit**“ (Phil. Engels aus dem „Anti Dühring“ erschienen 1894 / Phil. Hegel Enz. §147 Zusatz) oder Phil. Rosa Luxemburgs Zitat „**Freiheit ist immer Freiheit des Andersdenkenden**“, auch wenn der Kontext ein ganz anderer war, so behalten diese Zitate doch ihre allgemeine Gültigkeit.

Wenn also die Bundesregierung und die politischen Parlamente es nicht schaffen, eine Impfpflicht zu erlassen und konsequent umzusetzen, steht es jedem frei, über seine Gesundheitsfürsorge selbst zu entscheiden und auch das mit aller Konsequenz. Und solange der Gesetzgeber hier nicht handelt, bleibt es ein Recht und eine Freiheit sich impfen zu lassen oder eben auch nicht.

Jedes Verständnis geht mir allerdings verloren, wenn sich Teile der Gesellschaft radikalieren, den öffentlichen Raum nutzen und mit Aggressivität und Gewalt stören, Sicherheits- und Ordnungskräfte angreifen, die wie wir dem Allgemeinwohl verpflichtet sind und die die Vorgaben des Staates umzusetzen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Meinungsvielfalt belebt die Gesellschaft und sollte sie nicht spalten. Gegebenenfalls erkennt der ein oder andere für sich noch seine Freiheit als eine Einsicht in die Notwendigkeit.

In diesem Sinne ein gesundes neues Jahr.

René Müller,
BSBD Bundesvorsitzender

Tarifvertreter der Länder treffen sich zum Seminar

Ein neues Jahr und alles beginnt wieder bei Null?

Vom 21. bis 23. März 2022 treffen sich die Tarifvertreter der Länder zu einer Tagung/ Seminar in Königswinter. Natürlich wird dort der letzte Tarifabschluss ein brennendes Thema sein.

Alles richtig gemacht und doch nichts erreicht? Jahrelange Arbeit, Mühe und Gespräche mit der Politik und den Verantwortlichen vor Ort geführt.

Den Frust und die Wut unserer Kolleginnen und Kollegen mit Fakten und Zahlen hinterlegt und immer wieder gehört: „Sie haben Recht. Es muss etwas geschehen. Sie sind wichtig. Systemrelevant.“

Wie systemrelevant wir dann sind, haben wir in Potsdam gesehen. Sollten die Damen und Herren im Td-L der Meinung sein, wir stecken den Kopf in den Sand, dann werden sie sich aber täuschen.

Ich habe beim Bundesgewerkschaftstag 2021 ein Versprechen abgegeben. Und wer mich kennt, der weiß, dass ich mein Versprechen halte.

Wertschätzung ist verbunden mit Respekt, Wohlwollen und Anerkennung.



Sönke Patzer

Einen anderen Menschen wertzuschätzen bedeutet auch, dessen Bedürfnisse zu erkennen und ernstzunehmen.

Wenn man möchte, dass Mitarbeiter bleiben, dann muss man sich als Arbeitgeber gründlich darüber Gedanken machen, wie man sie behandelt!

Sönke Patzer

63. Jahrestagung des dbb 2022

dbb-Chef fordert Respekt und Wertschätzung für den öffentlichen Dienst

Wie auch schon im vergangenen Jahr griff der dbb auf die digitale Form der Jahrestagung zurück, was dem Informationsgehalt der Veranstaltung keinen Abbruch tat.

Neben dem dbb Bundesvorsitzenden **Ulrich Silberbach** sprachen unter anderem die Bundesinnenministerin **Nancy Faeser (SPD)**, der Bundesfinanzminister **Christian Lindner (FDP)** und die Berliner Bürgermeisterin **Franziska Giffey (SPD)** live zu den Teilnehmern. Unisono wurde der öffentliche Dienst für seine herausragende Arbeit gelobt. Trotzdem sparte **Silberbach** nicht mit Kritik.

„**Ohne Investitionen und Innovation in den öffentlichen Dienst wird Deutschland existenzielle Zukunftsaufgaben nicht bewältigen**“, warnt der dbb. Der dbb-Chef forderte zudem allgemein mehr Respekt und Wertschätzung für den öffentlichen Dienst.

„Die Kolleginnen und Kollegen im Staatsdienst sind nicht Blitzableiter von Amts wegen für eine Politik, die

in der Kritik steht. Das müssen die, die politische Verantwortung tragen, immer wieder unmissverständlich klar machen. Wer Menschen angreift, die unseren Staat und die Werte, für die er steht, repräsentieren und verteidigen, greift uns alle an. Deswegen erwarten wir von Politik und Gesellschaft mehr Schutz, mehr Respekt und mehr Rückhalt“, sagte **Silberbach** auch an die Adresse der neuen Bundesinnenministerin **Nancy Faeser** gerichtet.

„Digitalisierung, Klimaschutz auch durch ökologische Transformation der Wirtschaft, Bildung, sozialer Wandel, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Zuwanderung – ohne einen personell und technisch aufgabengerecht ausgestatteten, leistungsfähigen und motivierten öffentlichen Dienst, werden diese Zukunftsaufgaben nicht zu bewältigen sein“, stellte der dbb Bundesvorsitzende **Ulrich Silberbach** zum Auftakt der dbb Jahrestagung am 10. Januar 2022 in Berlin klar.

Der öffentliche Dienst, personell auf Kante genäht und technisch oft im Vor-

gestern stecken geblieben, befindet sich seit Jahren „quasi im Dauer-Stresstest“. Die Beschäftigten warten vergeblich auf spürbare Wertschätzung und die Erkenntnis von Arbeitgebern und Dienstherren, „[...] dass es allerhöchste Zeit ist, nachhaltig in Personal zu investieren und es mit attraktiven Arbeitsbedingungen auch zum Bleiben zu motivieren“, kritisierte der **dbb** Chef.

Deutliche Worte, die u. a. auch auf die Verantwortung der TDL und die Politik als Tarifpartner hinwiesen.

Interessiert nahmen die digital zugeschalteten Teilnehmer u. a. des Justizvollzuges die Worte von **Nancy Faeser** auf, die bspw. eine Zulagenerhöhung für die Polizeibeamten als notwendig erachtet.

Ist dies der erste Hinweis darauf, dass die Bundesregierung ihren Einfluss auf die Länder ausweitet? Und natürlich interessiert uns als **BSBD** dann weiterhin, wie das Bundesjustizministerium und nicht zuletzt der Bundesjustizminister **Dr. Marco Buschmann (FDP)** zu einer notwendigen **Zulagenerhöhung** und einer **Ruhegehaltsfähigkeit** der „Gitterzulage“ im **gesamtdutschen Justizvollzug** steht.

Zahlreiche digitale Grußworte der Landespolitik aus dem Bundesgebiet sowie zwei interaktive Gesprächsrunden komplettierten das Programm der Jahrestagung.

Insgesamt eine gelungene und sehr informative Veranstaltung.

(Weitere Details zu den Redebeiträgen und Gesprächsrunden auf www.dbb.de)



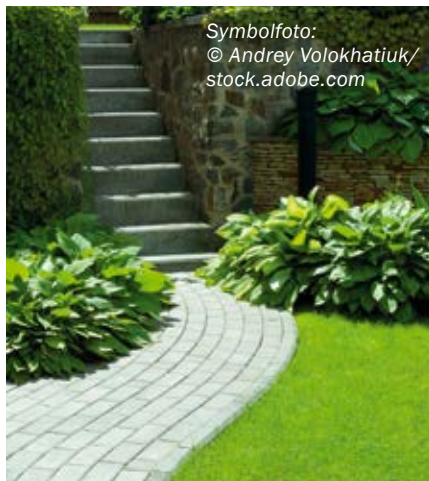
dbb Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach: „Ohne einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst werden die Zukunftsaufgaben nicht zu bewältigen sein.“

Foto: dbb

Studie der Universitäten Birmingham und Utrecht veröffentlicht

Grünzonen wirken sich positiv auf das Wohlbefinden von Insassen aus

Gefangene, die in Anstalten untergebracht sind, die von Grünflächen umgeben sind, werden sich wahrscheinlich weniger selbstverletzen oder weniger gewalttätiges Verhalten zeigen. Zu diesem Ergebnis kommt ein neues Forschungsprojekt. Laut dieser Studie, von Forschern an den Universitäten von Birmingham und Utrecht können grüne Außenanlagen um Hafthäuser herum positive Auswirkungen auf das Wohlbefinden von Gefangenen haben.



Symbolfoto:
© Andrey Volokhatiuk/
stock.adobe.com

In der Studie verwendeten und bewerteten Forscher Daten von geografischen Informationssystemen, die ursprünglich zur Kartenerstellung genutzt werden. In dieser Erhebung werden Grünflächen, Teiche, Flüsse und auch Verkehrswege, die sich in einem Umkreis von 500 m um Justizvollzugseinrichtungen in England und Wales befinden, in Bezug mit offiziellen Statistiken zu Gewalt und Selbstverletzungen in Gefängnissen gesetzt und überprüft. Das Forscherteam fand starke Beweise dafür, dass Selbstverletzungen und Gewaltausbrüche in allen Haftanstalten reduziert werden konnten, in denen die Gefängnisse von einer

grünen „Pufferzone“ umgeben waren. Hauptautorin **Professorin Dominique Moran** sagt dazu: „Wir wissen bereits, dass die Charakteristika von Gefängnissen sich auf das Wohlbefinden sowohl der Gefangenen als auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auswirken. Die Ergebnisse unserer Forschung legen nahe, dass auch die Areale um die Haftanstalten wichtig sind. Kosten, organisatorische Erfordernisse und die lokalen Gegebenheiten bestimmen in der Regel, wo Haftanstalten gebaut werden – wir legen aber nahe, dass die positiven Auswirkungen von „Grünzonen“ auf Insassen und Personal um die Anstalten herum mehr Berücksichtigung finden.“ Die Ergebnisse sind überraschend, da Haftanstalten in ländlichen Regionen wahrscheinlich weiter von den Heimatorten der Insassen entfernt sind und schwieriger mit öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln erreicht werden können. Die Besuche von Angehörigen für Inhaftierte und soziale Kontakte sind wichtig, eine schlechte Verkehrsanbindung kann die Regelmäßigkeit von Besuchen für die Insassen negativ beeinträchtigen. Wie in der Analyse nachgewiesen, sollten, neben den vorherrschenden Standortfaktoren und einer guten Verkehrsinfrastruktur, auch Grünareale oder bewaldete Bereiche für einen Anstaltsstandort maßgeblich sein. „Wir haben festgestellt, dass die Haftanstalten, die sich in diesen Grünzonen befinden, eine bessere Luftqualität, geringere Umweltverschmutzung und einen größeren Lärmschutz haben könnten“ fügt **Professorin Moran** hinzu. „Obwohl in diesem Bereich noch mehr Forschung erforderlich ist, können wir feststellen, dass all diese Faktoren sich positiv auf das Wohlbefinden der Insassen und des Personals auswirken.“

Quelle: University of Birmingham, Pressemitteilung

Hinweise zum Verfasser der Pressemitteilung:

Die Universität von Birmingham gehört zu den Top-100-Institutionen in der Welt. Die Vorhaben der Universität Birmingham bringen Menschen aus der ganzen Welt nach Birmingham, einschließlich Forschern, Lehrern und mehr als 6.500 internationalen Studenten aus über 150 Ländern.

Moran et al. (2022). „Ist eine Gefängnishaltestelle für das Wohlbefinden von Gefangenen wichtig?“ „Die Wirkung der umliegenden Grünflächen auf Selbstverletzung und Gewalt in Gefängnissen in England und Wales“.

„Wohlbefinden, Raum und Gesellschaft“.

<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2666558121000385#>

Aus dem Englischen übersetzt

BSBD Bundesseminar in Königswinter

„Noch ist Polen nicht verloren“...

... so lautete die Überschrift des BSBD Bundesseminars in der dbb Akademie in Königswinter. Leider wirkten sich die verschärften coronabedingten Maßnahmen nicht positiv auf die Seminarplanung und Durchführung aus. Trotzdem fand sich eine hochmotivierte Gruppe von Kolleginnen und Kollegen, die die Anreise nach Königswinter Thomasberg auf sich genommen hatten.

Nach kurzer Begrüßung durch den Bundesseminarleiter **Winfried Conrad** begann Kollege **Joachim Kapitza** mit seinem Referat. Kollege **Kapitza** ist Justizvollzugsbeamter im Saarland und hat polnische Wurzeln. Er hat schon seit einigen Jahren als Dolmetscher und Referent an vielen Seminaren mitgewirkt. Sein Thema war: Land und Leute in Polen. Zunächst begann er mit einer Rückschau auf die polnische Geschichte. Beleuchtet wurde aber auch die neuere Geschichte bis 1990. Auch über die politische Entwicklung bis zur heutigen Zeit wurde referiert.

Weitere Themen waren die Macht der Kirche in Polen, Feiertage und auch die Spezialitäten des Landes.

Der zweite Tag stand im Zeichen der polnischen Gäste. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten begrüßen: **Tesla Tula**, Vorsitzender der polnischen Strafvollzugsgewerkschaft **NSZZ**, **Danuta Malkusz**, stellv. Vorsitzende der polnischen Strafvollzugsgewerkschaft **NSZZ** und **Waldemar Czernecki**, ehemaliger Anstaltsleiter der JVA Luban/Polen.

Zunächst referierte Kollege **Tula** und Kollegin **Malkusz** über die aktuelle Lage aus der Sicht der **PIS** Partei. **PIS** stellt seit sechs Jahren die Regierung und hat für einige Bereiche der Gesellschaft erhebliche finanzielle Verbesserungen



Seminargruppe.

umgesetzt. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Strafvollzuges haben unter der jetzigen Regierung positive Veränderungen erfahren. Die **PIS** Regierung hat hier erhebliche finanzielle Mittel aufgewandt.

Hier hinterfragten die Seminarteilnehmer/innen, wie denn diese Maßnahmen finanziert werden. Auch das gestörte Verhalten zur EU, die Eingriffe in die Justiz und Presse sowie der Umgang mit Lesben und Homosexuellen wurde angesprochen.

Der Nachmittag gehörte der oppositionellen Sichtweise auf die polnische Republik. Hierzu referierte Kollege **Waldemar Czernecki**, ein ehemaliger und pensionierter Anstaltsleiter.

Czernecki ging mit der derzeitigen Regierung „hart ins Gericht“. Punkt für Punkt des Vortrags vom Vormittag und die gezeigten Statistiken versuchte er zu relativieren. Viel zu geringe Renten und eine erhebliche Inflationsrate von 7 Prozent seien die Realität. Ungeheuer hohe Haushaltsausgaben und

Personalgeschacher der Politiker seien die übliche Praxis.

Der polnische Gewerkschaftsvorsitzende **Tselaf Tula** und seine Kollegin **Danuta Malkusz** nahmen am Ende des Seminartages die Gelegenheit wahr, anlässlich des 30-jährigen Bestehens ihrer Gewerkschaft Ehrungen vorzunehmen. Für ihren langjährigen Einsatz in der Kooperation der Bundesländer Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen mit der polnischen Gewerkschaft wurden die Kollegen **Winfried Conrad**, **Markus Wollscheid** und **Joachim Kapitza** mit dem polnischen Verdienstorden der Gewerkschaft feierlich geehrt. Die Ausgezeichneten waren sehr überrascht und gerührt über diese Anerkennung für ihren langjährigen Einsatz in der Partnerschaft. Die polnischen Gewerkschaftsfunktionäre ließen es sich nicht nehmen, auch jedem Seminarteilnehmer ein Geschenk zu überreichen.

Der letzte Seminartag stand unter dem Thema „Ist der Brexit das Ende der EU?“ Nach kurzer Einführung wurde die Problematik in einer „gestellten“ Podiumsdiskussion aufgearbeitet.

Die Vertreter/innen der einzelnen vorgegebenen Interessengruppen stellten in einem kurzen Statement zunächst ihre Ansichten vor.

Anschließend konnten Fragen an die Podiumsmitglieder gestellt werden. Es entstand ein reger und interessanter Meinungsaustausch.

Der Bundesseminarleiter **Winfried Conrad** bedankte sich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Seminars und versprach auch weiterhin, Seminare zu dem Thema Europa anzubieten.



Von links nach rechts: Danuta Malkusz, NSZZ, Tesla Tula NSZZ, Frau Czernecki, Waldemar Czernecki.

Bilder vom 40. BSBD-Bundesgewerkschaftstag in Soltau



Aufgrund des engen Zeitfensters zum Redaktionsschluss des „Vollzugsdienst“ nach dem Bundesgewerkschaftstag war es uns in der letzten Ausgabe noch nicht möglich unser Bildmaterial in den Druck zu geben. Dieses holen wir in der aktuellen Ausgabe nach. Wir haben noch einige Momentaufnahmen und Impressionen zusammengestellt und reichen sie hiermit nach. Bei der Durchsicht der Bilder wird deutlich, dass der **BSBD** eine **starke Gemeinschaft** ist, für die Kolleginnen und Kollegen im deutschen Justizvollzug. Festzuhalten bleibt aus Sicht der **BSBD**-Bundesleitung auch, dass die Diskussionen und Gespräche zu den Anträgen zu von allen getragenen Beschlüssen geführt haben. Diese Beschlüsse beschreiben die Leitlinien für unsere gewerkschaftliche Arbeit in den kommenden Jahren. ■





Money, money, money!

Jetzt extra günstig:
Der Online-Wunschkredit

~~2,39%~~

1,99%¹

effektiver Jahreszins,
1,97 % Sollzinssatz p. a. fest
gültig für alle Laufzeiten
zwischen 24 und 84 Monaten
und Nettodarlehensbeträge
zwischen 5.000 und 75.000 Euro

Repräsentatives Beispiel:
Nettodarlehensbetrag: 10.000 Euro
Sollzinssatz p. a. fest: 1,97 %
effektiver Jahreszins: 1,99 %
Gesamtbetrag: 10.508,20 Euro
Vertragslaufzeit: 60 Monate
Monatliche Raten: 175,14 Euro
Anzahl Raten: 60
Gesamtkosten: 508,20 Euro
Darlehensgeber: BBBank eG,
Herrenstraße 2-10, 76133 Karlsruhe

¹Konditionen freibleibend, bonitätsabhängig, Voraus-
setzung: Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied



Jetzt informieren:

In Ihrer Filiale vor Ort oder
direkt online abschließen
unter www.bbbank.de/dbb



www.bbbank.de/termin

Jetzt mit
exklusivem
Jubiläums-
Zinssatz

